VERBAND DEUTSCHER PRIVATSCHULEN
LANDESVERBAND BERLIN-BRANDENBURG E.V.
BILDUNGSEINRICHTUNGEN IN FREIER TRÄGERSCHAFT

Stellungnahme des VDP Berlin/Brandenburg zum Entwurf der Verordnung zur Änderung der Sekundarstufe I-Verordnung und anderer schulrechtlicher Vorschriften

Der VDP Berlin/Brandenburg e.V. (VDP) begrüßt die mit dem vorliegenden Verordnungsentwurf verfolgte Zielsetzung, die Berufliche Orientierung zu stärken, praxisnahe Lernformen weiterzuentwickeln und Prüfungsformate an veränderte gesellschaftliche und technologische Rahmenbedingungen anzupassen.

Viele der im Entwurf aufgegriffenen Ansätze entsprechen Entwicklungen, die an freien Schulen bereits seit Jahren erfolgreich umgesetzt und kontinuierlich weiterentwickelt werden. Freie Schulen verstehen sich traditionell als Orte pädagogischer Innovation, einer engen Verzahnung von schulischem Lernen mit Lebens- und Berufswelt sowie einer individuellen Begleitung von Bildungsbiografien. Vor diesem Hintergrund unterstützen wir die grundsätzliche Zielrichtung der vorgesehenen Änderungen.

Gleichzeitig möchten wir auf einzelne Aspekte aufmerksam machen, die aus unserer Sicht für eine erfolgreiche und praktikable Umsetzung von besonderer Bedeutung sind.

1. Berufliche Orientierung stärken – Gestaltungsspielräume erhalten

Die Neufassung des § 13a und die stärkere Verankerung der Beruflichen Orientierung begrüßen wir ausdrücklich. Viele unserer Mitgliedsschulen verfügen bereits heute über differenzierte und bewährte Konzepte der Berufs- und Studienorientierung.

Mit Blick auf die neuen Praktikumsregelungen sehen wir jedoch die Notwendigkeit ausreichender Umsetzungsspielräume. Mehrere Schulen haben ihre Praktikumsstrukturen in den vergangenen Jahren bewusst schulartübergreifend harmonisiert, um pädagogische Qualität zu sichern und organisatorische Belastungen für Schülerinnen und Schüler, Eltern, Betriebe sowie Lehrkräfte zu reduzieren. Teilweise wurden hierzu bereits Beschlüsse der schulischen Gremien gefasst und langfristige Kooperationen mit Praktikumsbetrieben aufgebaut.

Die nun vorgesehene Verpflichtung zu zwei Praktika mit unterschiedlichen Mindestdauern für die verschiedenen Schularten führt dazu, dass etablierte und funktionierende Konzepte erneut angepasst werden müssen. Für das kommende Schuljahr sind zudem an vielen Schulen Praktikumsvereinbarungen bereits vorbereitet oder abgeschlossen.

Wir regen daher an,

- ausreichend lange Übergangsfristen vorzusehen,
- die erstmalige verpflichtende Umsetzung mit ausreichendem zeitlichem Vorlauf zu ermöglichen, da Praktikumsverträge für das kommende Schuljahr schon z.T. geschlossen sind,
- sowie Schulen die Möglichkeit einzuräumen, bestehende Konzepte anzuerkennen, sofern diese die Ziele der Beruflichen Orientierung in gleichwertiger Weise erfüllen.

VDP Landesverband Berlin-Brandenburg e.V.
Am Zirkus 3A
10117 Berlin
Geschäftsführung: Dr. Nicola Böcker-Giannini

t: +49 30 353 061 75
f: +49 30 353 061 76
info@vdp-berlinbrandenburg.de
www.vdp-berlinbrandenburg.de

Amtsgericht Charlottenburg VR 27623 B
Steuernummer 27/620/58871
DKB
IBAN DE60 1203 0000 1311 4829 94

Aus Sicht des VDP sollte nicht die formale Ausgestaltung einzelner Praktikumsmodelle im Vordergrund stehen, sondern die tatsächliche Qualität und Wirksamkeit der Berufs- und Studienorientierung.

2. Duales Lernen – pädagogisch sinnvoll, organisatorisch realisierbar gestalten

Die stärkere Profilierung des Dualen Lernens und die klare begriffliche Trennung von Beruflicher Orientierung und Praxislernen werden grundsätzlich begrüßt. Mit Sorge betrachten wir jedoch die vorgesehene verpflichtende Anwendung entsprechender Maßnahmen nach § 13b Absatz 2, sofern Schülerinnen und Schüler die Standards der Rahmenlehrpläne andernfalls voraussichtlich nicht erreichen.

Insbesondere auf Schulen mit komplexen Stundenplanstrukturen, schulartübergreifenden Lerngruppen, zahlreichen Kurskopplungen und einem hohen Anteil von Teilzeitbeschäftigten kommen hohe organisatorische Herausforderungen zu. Die individuelle Einrichtung von Maßnahmen des Dualen Lernens kann umfangreiche Eingriffe in bestehende Unterrichts- und Personalstrukturen erforderlich machen und in einzelnen Fällen weitreichende Stundenplanänderungen für ganze Lerngruppen nach sich ziehen.

Wir bitten daher darum, die Regelung so auszugestalten, dass pädagogische Zielsetzungen und organisatorische Realitäten gleichermaßen berücksichtigt werden. Aus unserer Sicht sollte klargestellt werden, dass Umfang und Ausgestaltung entsprechender Maßnahmen unter Berücksichtigung der personellen, organisatorischen und schulstrukturellen Möglichkeiten der jeweiligen Schule erfolgen können.

Zudem erscheint eine Konkretisierung in den angekündigten Ausführungsvorschriften notwendig, um Rechtssicherheit und Planungssicherheit für die Schulen zu gewährleisten.

3. Vertrauen in schulische Verantwortung stärken

Der vorliegende Verordnungsentwurf verfolgt in vielen Bereichen das Ziel, bewährte schulische Praxis verbindlicher auszugestalten. Dieses Anliegen ist nachvollziehbar.

Gleichzeitig möchten wir darauf hinweisen, dass viele freie Schulen die nun vorgesehenen Ziele bereits seit Jahren erfolgreich verfolgen und dabei passgenaue, auf ihre jeweilige Schulgemeinschaft zugeschnittene Konzepte entwickelt haben. Die Vielfalt schulischer Profile und Organisationsformen stellt dabei eine besondere Stärke des Berliner Schulwesens dar.

Aus unserer Sicht sollte die weitere Ausgestaltung der Regelungen deshalb von einem hohen Vertrauen in die professionelle Verantwortung der Schulen geprägt sein. Verbindliche Zielsetzungen und Qualitätsstandards sind wichtig; ihre konkrete Umsetzung sollte jedoch weiterhin ausreichend Raum für pädagogische Eigenverantwortung, schulische Profilbildung und innovative Lösungsansätze lassen.

VDP Landesverband Berlin-Brandenburg e.V.
Am Zirkus 3A
10117 Berlin
Geschäftsführung: Dr. Nicola Böcker-Giannini

t: +49 30 353 061 75
f: +49 30 353 061 76
info@vdp-berlinbrandenburg.de
www.vdp-berlinbrandenburg.de

Amtsgericht Charlottenburg VR 27623 B
Steuernummer 27/620/58871
DKB
IBAN DE60 1203 0000 1311 4829 94

Der VDP Berlin/Brandenburg e.V. unterstützt die Zielrichtung des Verordnungsentwurfs. Die Stärkung der Beruflichen Orientierung, die Weiterentwicklung praxisnaher Lernformen sowie die Anpassung von Prüfungsformaten an neue Herausforderungen sind wichtige Schritte für die Weiterentwicklung des Berliner Schulwesens.

Für eine erfolgreiche Umsetzung bitten wir jedoch darum, die unterschiedlichen Rahmenbedingungen der Schulen angemessen zu berücksichtigen, ausreichende Übergangsfristen vorzusehen und bestehende Gestaltungsspielräume zu erhalten. Gerade freie Schulen leisten seit vielen Jahren einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung innovativer Bildungsangebote. Diese Erfahrungen und gewachsenen Strukturen sollten auch künftig als Ressource für die Weiterentwicklung des Berliner Bildungssystems genutzt werden.

Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir.

VDP Landesverband Berlin-Brandenburg e.V.
Am Zirkus 3A
10117 Berlin
Geschäftsführung: Dr. Nicola Böcker-Giannini

t: +49 30 353 061 75
f: +49 30 353 061 76
info@vdp-berlinbrandenburg.de
www.vdp-berlinbrandenburg.de

Amtsgericht Charlottenburg VR 27623 B
Steuernummer 27/620/58871
DKB
IBAN DE60 1203 0000 1311 4829 94